

Arbeiterkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Einzelpreis 10 Mark
Dienstag, den 14. November 1922
2. Jahrgang, Nr. 267

Die große Offenbarungs der Stinnes und Thyssen Gewaltiges Anwachsen der Streikbewegung im Rheinland

Der Brief, den der Großindustrielle Thyssen Mitte Oktober an den Reichsanwalt richtete, der das Stinnespaar für den Kampf gegen den Widerstand, gegen jede Lohnherabsetzung und gegen die streikbewegende Bewegung, als die größte Gefahr für den Staat bezeichnet, ist ein Dokument, das die Arbeiter in Deutschland nicht nur über die Lage der Dinge im Reich, sondern auch über die Lage der Dinge im Rheinland belehrt. Das ist ohne Kampf nicht abgemessen, darüber bin ich mir klar. Aber wir müssen den Kampf einmal durchziehen und über es gehen, um so mehr können wir noch retten. Die Schwerkriegsindustrie im Rheinland-Westfalen hat diese Aufregung bezeugt und hat die Arbeiter, insbesondere in der Metallindustrie, provoziert. Bei den Verhandlungen, die der Reichsanwalt mit den Stinnes und Thyssen am 4. Oktober führte, hat man die Arbeiter eine Stundenlöhne von 20 Mk. an. Diese Arbeitervertreter dieses hohen Lohnes nicht annehmen, die Unternehmer neue Verhandlungen hinauszuschieben, fanden erst am 28. Oktober neue Verhandlungen statt. Das Ergebnis war, daß für November in der Spitze eine Stundenlöhne von 45 Mk. bewilligt, für Dezember aber eine Herabsetzung abgelehnt wurde. Auf Grund dieser Abmahnungen fand für die Mitglieder des DVB eine Urabstimmung über dieses Angebot und über eventuellen Streik statt. Mit über 90 Prozent wurde der Streik beschlossen. Die DVB-Bureautante erklärte aber, sich hinter die Passivität der Christen zu verbergen, die Zustimmung für den Streik nicht geben zu können. Durch diese Sabotage des Willens der Arbeiter verlor die Verhandlung die gefühlvolle Form und hat für die DVB-Beitragler Metallarbeiterschaft eine ärmliche Situation heraufbeschworen wie bei dem Kampfe der Krupp-Arbeiter.

Im Düsseldorf Gebiet sind, wie wir gestern schon berichteten, die Arbeiter der Rammensand-Walzwerke, 12000 Arbeiter der Rhein-Metallwerke in den Streik getreten, dem sich die Bergbauarbeiter anderer großer Werke anschließen, so daß jetzt Ende vergangener Woche über 30 000 Arbeiter im Streik stehen. Diese Bewegung, die ausgebrochen ist, weil die ungeheure Profite einsehenden Unternehmer den Arbeitern eine monatliche Gehaltszahlung von 3000 Mk. auf die Novemberlöhne anbieten, wird durch einen Anruf der Düsseldorf-Interkommunistischen Betriebsrätezentrale als einstimmig begrüßt. Anstatt die kämpfenden Arbeiter mit aller Kraft zu unterstützen, versuchen die Amtsdamer die Kampftruppen der Arbeiterkraft zu brechen, um sie zu zwingen, unter das Joch der Kapitalgewaltigen Stinnes und Thyssen und Konjunktur zu kriechen. Das ist nicht, das die Amtsdamer den Zweck ihres von der Bourgeoisie gelobten Tuns nicht verstehen. Die Bewegung nimmt einen immer gewaltigeren Umfang an. Sie hat sich nach den vorliegenden Meldungen auch gestern weiter ausgebreitet. Der Kampf scheint sogar über die Metallindustrie und über die Grenzen des Düsseldorf-Bereichs hinauszuweichen. Die gesamte Arbeiterschaft muß den rheinischen Metallarbeitern aufgegebenen Kampf sofortlich unterstützen!

Heute liegen noch folgende Meldungen vor:
Die Streikenden verlangen Anerkennung der Kontrollanschlüsse; die bürgerliche Presse hebt
(Eigene Drahtmeldung.)
Düsseldorf, 14. November.
Hier hat der Streik alle großen Betriebe der Metallindustrie erfaßt. Auch verschiedene andere Industriebetriebe schließen sich an. Demonstrationen ziehen durch die Stadt. In großen Demonstrationen verlangen die Arbeiter die Anerkennung der Kontrollanschlüsse. Die bürgerliche Presse hebt die Hungerstreike gegen sich. Man bezeichnet die Demonstrationen als „kommunistische Mobilisierung“, sogar „kommunistische Militanz“ soll aufweisen sein. Das heißt mit anderen Worten, die Bourgeoisie veranlaßt, daß die Bewegung blutige Niederlagen werden soll. Eine Streikvermittlung ist dem auch bereits insofern hierher, daß der Polizei verweigert worden. Es ist darum kein Wunder, daß die Erörterung der Hungerstreike immer gewaltiger und zu Motoren werden die bürgerliche Presse führt. Gekommen nachmittags drangen Arbeiter (Kommunisten) sollen es notwendig wieder gemeldet werden in die Druckerei des „Düsseldorfer Nachrichten“, ein, das am nächsten gegen die Streikenden gehet hatte. Das Blatt konnte infolgedessen gestern nicht erscheinen.

Unter Stinnes' Diktat
(DVB.) Berlin, 14. November.
Vorerst den Stand der Kabinetsfrage erklären wir: Der Reichsanwalt hatte heute nachmittag die Vertreter der Parteien der bürgerlichen Arbeiterschaft zu sich gebeten, um mit ihnen über die politische und parlamentarische Lage zu beraten. Er stellte an die Parteien der Arbeiterschaft die Frage, ob sie die Sozialdemokratische Partei als einziger Kandidat in der Regierungsbildung anerkennen. Nachdem die anwesenden Parteirepräsentanten diese Frage bejaht hatten, erklärte der Reichsanwalt, daß er sich nunmehr diesem Wunsch der Arbeiterschaft anschließen und der SPD, alsbald von dieser Sache Kenntnis geben werde. Die sozialdemokratische Fraktion trat hierzu auf einer Sitzung zusammen und teilte in einer später einberufenen interfraktionellen Sitzung mit der bürgerlichen Arbeiterschaft als Ergebnis dieser Beratung folgendes mit: Die sozialdemokratische Reichsregierung hat zur Frage der Regierungsbildung folgenden Bescheid gefaßt: „Die Fraktion erklärt, daß sie an der Förderung der Stabilisierung des Marktes als der wichtigsten Förderung der inneren und äußeren Politik festhält und nur in ein Kabinett eintreten kann, das diese Politik konsequent verfolgt. Sie erachtet in der bisherigen Stellungnahme der Deutschen Volkspartei keine Garantie für die Durchführung der Stabilisierung der Marktes und damit für die Förderung der endgültigen Regelung des Reparationsproblems.“

Das Programm der Arbeiterregierung mit der Reichsbetriebsrätekonferenz formulieren!

Der am 23. November zusammengetretene Reichsbetriebsrätekonferenz wird von der Spitze der Reichsbetriebsräte im vorläufigen Komitee ausgeht. Innerhalb der nächsten Tage werden die Herrschaften sozialer Herkunft und Grundbesitzer zur Selbsterziehung dieses Kongresses, daß auch ein ganz Dummer hätte; er ist ihnen verdammt unangenehm. Managenheit über ist ihnen die Lage der Reichsbetriebsräte deshalb, weil es sich in Wirklichkeit nicht um einen Kongress handelt, sondern, will man schon Körperliche als Bilder verwenden, um einen Kongress; die fortgeschrittenen Teile des deutschen Proletariats entgegen ihre Delegierten, um dem deutschen Proletariat sowohl, wie allen ausgebeuteten Schichten der deutschen Bevölkerung den Ausweg aus der Verlegenheit zu zeigen, in die eine weite Politik der mit der Bourgeoisie auf Gewalt und Verdriss verbundenen Sozialdemokratie das Land geführt hat. Am liebsten ist durch den mittel- und westdeutschen Betriebsrätekongress klar und deutlich bemerkt, daß zu mindestens im mitteldeutschen Industriezentrum die Reichsbetriebsräte in den Betrieben der Gemeinheitsbürokratie völlig aus den Händen geritten ist. Bei uns in Mitteldeutschland ist es weder nur der Kampf noch der Kopf des Proletariats allein, sondern die gesamte Arbeiterschaft, die unabhängig und ohne Sabotage der Gemeinheitsbürokratie zum Trotz selbstbewußt den Weg der Selbsthilfe gegen die Verneinung und Verdrissung geht.

Wir der „Berliner Volksanzeiger“ heute morgen zu berichten weiß, ist man sowohl bei den Demokraten wie im Zentrum der Auffassung, daß der Beschluß der SPD-Fraktion die Grundlage für neue Verhandlungen bildet und daß die Möglichkeit besteht, die Große Koalition zu bilden. Die Kommissare des Kabinetts von „Reichsminister“ und der verzeichneten Großen Koalition ist also aus. Die Sozialdemokratie hat sich demotiviert. Gestern mittag billigte man noch in den Verhandlungen des Reichstages von dem Reich die Entscheidung über die Staatsaufhebung. Diesmal will die Sozialdemokratie fast heißen: Wer's kennt, muß darüber lachen. Denn die große Koalition und der Umsturz der Sozialdemokratie ist längst beschlossene Sache. Es galt Kommissare zu spielen, um die Anhänger irre zu führen. Daher greift der „Vorwärts“ Stinnes plötzlich mit heftigen Worten an. Er sei Gegner der Metallarbeiterschaft. Stinnes erklärte, er und seine Partei seien für die Metallarbeiterschaft. Jeder nach seiner Weise. Trotzdem die Sozialdemokratie markierte, ist kein Widerstand gegen die Große Koalition. Stinnes ließ durch die Fraktion der Deutschen Volkspartei unabweisig erklären, daß eine Regierungsbildung nur mit offizieller Aufnahme der Deutschen Volkspartei in die Regierung möglich ist und der Reichsanwalt Ribbentrop erklärte gestern, wie die „Volksliche Zeitung“ berichtet, den Sozialdemokraten, er werde dem Kommissare, wenn die Sozialdemokratie sich gegen die Große Koalition wendet. Damit ist es klar, was es auf sich hat, wenn der „Vorwärts“ heute morgen folgendes erklärt: „Anerkennung des Stinnespaars ist ein großer Schritt, den die Arbeiter in den letzten Tagen gemacht haben. Die Unterzeichnung der Sozialdemokratie, so muß man sich bequemen, laßt die politische Garantien zu geben, daß eine Politik getrieben wird, die mit den Auffassungen der Sozialdemokratie von den Lebensnotwendigkeiten des arbeitenden Volkes vereinbar ist.“ Da Stinnes sich für die Metallarbeiterschaft erklärt und Ribbentrop mit der Demission droht, so heißt der „Vorwärts“ nichts anderes als, daß die Arbeiter sich für die Sozialdemokratie als die Partei der Arbeiter und der Arbeiterinnen stellen an ihren Seiten. Die Drohungen der Vereinigten sind nicht. Den großen Kampf, den der „Vorwärts“ propagiert, kann es höchstens in der SPD geben. Stinnes hat ein sehr großes Jagdgebiet, der Sozialdemokratie in der Zukunft. Die Sozialdemokratie hat sich für die Sicherung der Produktion der Arbeiter für die Verlängerung der Arbeitszeit entschieden. Um die Arbeiter weiter irregulär, soll vorläufig die 9. und 10. Stunde noch als Überlöhne gelten. Stinnes hat gefaßt, als sein Hausrecht fungiert die Vereinigte Sozialdemokratie.

Die Zentralisierung der Bewegung, die die Berliner Betriebsräte zur Abwehr der Zerlegung begonnen haben, heißt: Kontrolle der Produktion. Diese Bewegung wurde von unten her begonnen, nachdem die Institutionen der Arbeiterorganisationen es notwendig haben, die Stinnes bei In- und Auslands um Hilfe anzusuchen, hat die einzige Klasse, die an Interesse an der schnelleren Abwehr der Katastrophe hat, die Arbeiterklasse, aufzutrumpfen. Aber jetzt, nachdem die Arbeiterschaft sich an vielen Orten Organe der Kontrolle geschaffen hat, ist es Aufgabe der Kommunistischen Partei sowohl, wie auch des Reichsbetriebsrätekonferenzen, der gesamten deutschen Bevölkerung in die Ohren zu schreien, daß die Kontrolle der Produktion nicht von unten her begonnen, nun und nimmer aber allein von unten her durchgeführt werden kann. Das heißt, daß die Arbeiterschaft in erster Linie, und mit ihr die ungeheure Masse all ihrer, die nicht mehr ein Wort aus mir, zwar ihre Organisationen zu verabschieden haben, um die Revolutionäre zu schaffen, zu führen, zur Geltung zu bringen, daß sie aber überdies noch eine Macht zu schaffen haben, die diese Organe als ihre Stützpunkte ansetzt und als organisierte Staatsmacht der wertvollen Bevölkerung die Tätigkeit dieser Kontrollorgane von oben her, durch Gesetz oder Dekrete und mit Unterstützung der Staatsgewalt erweitert und zentralisierte Rahmen leitet. Denn die Katastrophe ist bereits jenseit vorgeschritten, daß Zeit nur in geringem Maße vorhanden ist. Die Preisanarchie ist fast überall, und ein Unfug überdies, ist es, die Schuld lediglich der zerstörten Markt zu geben. Nein, die Preisanarchie ist eine Begleiterscheinung der Produktionsanarchie und gebieterischer als sie jetzt vor allen, denen die Preise über die Köpfe gemaschen sind, die Aufgabe, dieser Anarchie Einhalt zu gebieten. Freilich besteht diese Aufgabe nicht die andere aus, das unglücklich zerstörte Finanzsystem des Reiches wie auch die Währungs in Ordnung zu bringen. Doch diese Aufgaben von keiner bürgerlich-kapitalistischen Regierung und mit keinen Qualifizierungsmethoden gelöst werden können, haben wir überstift hinausgeworfen. Sackes des Reichsbetriebsrätekonferenzen ist es, diesen Auf nicht nur zu erheben, sondern den Ausweg klar zu zeigen. Die erste Aufgabe, Behebung der irrtümlichen Produktionsanarchie, die einen Heranzug der Preise mit einer wahrenhüftigen Verteilung vereinigt, kann vollständig nur gelöst werden durch bewußte Eingriffe in die heutige Produktions-„Ordnung“, die eine Produktions- und Transportanarchie hervorzubringen. Alle einschneidenden Voraussetzungen für diese Eingriffe sind gegeben: die mächtigen Industrien Großbetriebe bereit und bereit, die Banken zu zentralisierten Finanzorganen und Industriemittel, mit einem Schläge Ordnung hineinbringen kann in die Produktion, die jetzt nur nach den Profitinteressen der wenigen Unternehmer „gergelt“, ist denen die Reichstrusts und Großbanken gehören. Ohne die Bestätigung der Großen dieser Erde anzutasten, kann und muß eine Arbeiterregierung eine Regelung der Produktion durchführen. Diese einfachen Zauberworte lauten: Zusammenlegung aller Banken in eine national kontrollierte Zentralbank, die den Devisenhandel kontrolliert; nationale Kontrolle und Regelung der Produktion der Großbetriebe; Aufhebung des Geschäft- und Bankgeschäftsmonopols.

Weitere Provokationen der Schwerindustrie (Eigene Drahtmeldungen.)

Bremen, 14. November.
Wegen Lohnforderungen sind etwa 6000 Metallarbeiter in den Streik eingetreten.
Berlin, 14. November.
Als Antwort auf die Lohnforderungen haben die Unternehmer der Metallindustrie die Drucker und Polierer ausgesperrt.

Ausdehnung der Bewegung in Köln (Eigene Drahtmeldung.)

Köln, 14. November.
Auch hier hat die Bewegung infolge der Forderungen der Kontrollanschlüsse, der unzureichenden Löhne und des hemmungslosen Wuchers, der am Freitag und Sonnabend zu Hungerkrawallen, in Raif, Mühlheim und Ehrenfeld führte, an Ausdehnung ge-

Hungerkrawalle in Hamburg Hamburg, 13. November.

Die für die breiten Schichten nicht mehr tragbaren Kleinrenten aller notwendigen Bedarfsmittel haben die Bewegung der arbeitenden Bevölkerung geleitet. Wie hart hier die Lage ist, zeigt das, daß man für ein Hund Bier 1500 Mk. verlangt. Deshalb kam es hier eine Fülle von Menschen in den Straßen und veranlaßte Kundgebungen gegen die Hungerkrawalle und Anwesenheit. Angeblich um ein Stürmen von Wägen zu verhindern, geschick die Polizei ein.

Hungerkrawalle in Hamburg Hamburg, 13. November.

Die Durchführungsmassnahmen aber sind: Dekret der Regierung, Erhaltungsmassnahmen an den proletarischen Organen des Staates (Betriebsräte, Angestelltenräte, Kontrollanschlüsse), Veranajung aller Arbeiter, Angestellten, Beamten zur Kontrolle jedes

Beschlüsse des mitteldeutschen Betriebsrätekongresses

Schiffes der Unternehmern und wirtschaftliche Durchdringung ihrer Geschäftsbetriebe, d. h. der Geheimnisse ihrer Geschäfte auf Kosten der Allgemeinheit.

Wir kennen das Gesetz, das von allen Seiten gegen ein solches Programm erhoben werden wird. Und doch ist das nur ein Kontroll- und Regulierungsprogramm, ein Programm, das die Eigentümerrechte nicht antastet, das lediglich den Kontrollorganen des Proletariats ein Erfolge lösendes Bestätigungsgesetz bietet. Natürlich muß eine Arbeiterregierung jeden solch einen Interessen unterdrückend prüfen, und sie wird das tun, indem sie ihn dem Tode weihen wird. Aber solange er sich nicht, d. h. nicht lediglich keine Profitmaximierung kontrolliert und reguliert, braucht ihn die Arbeiterregierung nicht zu nehmen.

Freilich wird die Sache anders, sobald die zweite Aufgabe gestellt werden soll: die Ordnung des Finanz- und Währungssektors. Hier haben die oben Sinnlose eine so heillose Vermittlung angeht, daß Ordnung ohne Eingriffe in die Substanz des Vermögens, d. h. in das Privatvermögen, unvorstellbar ist. Aber die Verhältnisse sollen bedeuten, daß diese Eingriffe nicht brutal werden müssen, je länger der bewußte Zustand anhält. Eine Erschließung der Schwere in Natur und durch Konstatation von Aktienkapital, die absolut nicht zu umgehen ist, kann verschiedenes bedeuten. Eine Arbeiterregierung muß und wird diese Eingriffe machen. In welchem Maße, das hängt auch vom Verhalten der Kapitalisten ab.

Diese einfachen Befehlsgebote genau auszuführen, wird Sache des Reichsbetriebsrätekongresses sein.

Reichstagsverlegenheiten (Eigener Bericht)

Am 13. November. Nach längerer Verlegenheitspause nahm der Reichstag heute wieder einen kleinen Anlauf zur Arbeit durch Herunterlassen von sieben Tagesordnungsplanen in einer Vertiefung. Die Regierung hielt es noch nicht für nötig, die angekündigte Erklärung über ihre neueste Politik abzugeben.

Dittmann und Genossen hatten eine Interpellation über die Rechtsprechung der bayerischen Volksgerichte im Zusammenhang mit dem Eingriff in den Vermögensstand des Reichsbesitzes eingereicht, deren Beantwortung von Raddruck innerhalb der geschäftsverordnungsgebenden Frist verprochen wurde, um Entwürfe für ein besonderes Gesetz auszuarbeiten wurde dem Ausschuss zur Vorbereitung überreicht.

Somit der Tagesordnungsplan nicht Erwähnungswertes. In der morgigen Sitzung soll neben Erledigung von Anträgen und der Besprechung einer Interpellation über das Geld der gestrigen Arbeit eine neue Geschäftsordnung mit Änderungen und Zusatzanträgen beraten werden.

Wenn das „Doll“ etwas über die Stellung der Regierung zu einem Geld erzählt, hängt davon ab, wie lange der Schacher um die Große Koalition noch dauert.

Ein Ultimatum der Reparationskommission? (Eigene Drahtmeldung)

Berlin, 14. November. Wie der DWS, aus Paris gemeldet wird, wird die Reparationskommission nach ihrer Sitzung unzufrieden auf Deutschland sein. Sie hat eine Liste von Forderungen aufgestellt, die nur eine ganz kurze Frist gelassen werden können.

Muller hat in einer Unterredung mit französischen Journalisten, stellen unterzogen voll und ganz die französische Reparationspolitik, da auch Zahlen die deutschen Zahlungen nötig habe. Es muß nur die Frage gestellt werden, ob Deutschland durch Gewalt oder durch Ubergangsvertrag zum Zahlen gezwungen werden soll.

Wie die „Reue“ hat die Reichsregierung beschlossen, in einer Note an die Reparationskommission ein neues Angebot zu machen, in dem erklärt werden soll, daß sich die Kommission annehmbar erfüllt bereit erklärt hat, sich mit einer größeren Willensstärke zum Gebot an einer auswärtigen Stabilisierungsanstalt zu beteiligen.

Die weitere Forderung der DWS ist natürlich tendenziös gefärbt. Was der ganzen politischen Situation geht aber hervor, daß Frankreich je einen Vorstoß gegen Deutschland vornehmen wird. Die Regierung hat durch ihr neues Angebot gegenüber dem Kampf zwischen Finanz- und Industriekapital um das Reparationsgesetz, welches zu Gunsten des ersten entscheiden. Der Generalangriff des Finanzkapitals auf die Regierung zeigt aber, daß die Industrie sich mit dieser Entscheidung durchaus nicht abfinden wird. Hinsichtlich der Reichsregierung ist zu erwarten, daß sie einen eigenen Vorstoß unternehmen, da keine Position durch die heutigen Angriffe der bayerischen Rechten in Frankreich gefährdet erscheint. Nachdem sich Frankreich die Zustimmung Englands gesichert hat, wird er dem Verlangen nach einem ernstlichen Vorstoß nicht zurückweichen.

Ein Maulkorbgesetz für den Reichstag

Auf der Tagesordnung der morgigen Sitzung des Reichstags steht die neue Geschäftsordnung. Ganz richtig ist es, daß diese langwierige Kommissararbeit im Reichstag zu beschleunigen werden. Die neue Geschäftsordnung soll sich nämlich als ein trübseliges Aushilfsprogramm gegen die Kommissare der DWS. Der alte Anordnungsparagraf aus den Jahren 1906/07 ist in veränderter Form wiederherzustellen. Dem Präsidenten soll das Recht gegeben werden, Abgeordnete „im Falle öffentlicher Verleumdung der Ordnung“ zunächst auf 2 Tage und bei Wiederholung dieser Verleumdung auf 10 Sitzungstage von den Verhandlungen des Reichstages auszuschließen.

Das ist ein glatter Streich der Verleumdung. Das Streifenrecht bedroht denjenigen mit harter Strafe, der ein Mitglied der gesetzgebenden Körperschaft in der Ausübung seines Amtes hindert. Auf dem Umweg über die Geschäftsordnung will man vielen Mühen der Volkstreue überlistet machen. Selbstverständlich richtet sich dieser Antrag gegen jede Opposition, gegen Kritik aber nur gegen die Kommunisten. Offensichtlich hat die jetzige Regierungsmehrheit noch in ihrem Sinn gegen die Wahrheit zu erkennen gegeben.

Die KP. Italiens arbeitet weiter

Trotz des weissen Terrors ist es ungenügend Turiner Genossen gelungen, am 8. November wieder eine gedruckte Nummer des „Ordine Nuovo“ herauszubringen. Die Ausgabe hat nur zwei Seiten und man merkt ihr die Mängel einer illegalen Druckerart an. Aber das Blatt ist von dem alten Kampfpfeil erfüllt. Die Nummer ist dem 5. Jahrestag der russischen Revolution gewidmet und sie schließt mit dem Parole: „Wie macht der Arbeiter, wie „Ordine Nuovo““ mittel, verurteilt die Turiner Polizei bezüglich, durch Verhaftungen und andere Gewaltmaßnahmen die illegale Verbreitung unserer Zeitung zu hindern. Das Interesse der Arbeiterklasse für die kommunistische Presse ist größer denn je. In Turin sind die Räume des „Ordine Nuovo“ von den Weisheitsdrücken befreit. Bei der Demolierung der verbotenen Arbeitsstätte wurde der Schaden von über einer Million Lire angebracht. Die kommunistischen Abgeordneten, die offen ihre politische Zielsetzung fortsetzen, werden von den Weisheitsdrücken bedroht und misshandelt. So erging es in Turin dem Abgeordneten Genossen Robazza und in Novara dem Abgeordneten Genossen Bellone.

Resolution zur Kontrolle der Produktion

Der Vorschlag der Reaktion ist im vollen Gange. Die Großindustrie bemüht die Geldentwertung zu ihrer maßlosen Vergrößerung aus. Die Kapitalisten führen systematisch die Umgründung: Umwandlung aller Banken auf die bestmögliche Weise. Die Umwandlung der Bankvermögen in Aktien und die Schaffung eines „Wirtschaftskabinetts“ ist ein neuer Sieg des Finanz- und Industriekapitals in Deutschland. Die Schwerindustrie bereitet sich auf ein Reparationsprogramm zu vorzudrängen.

Der Kern des kapitalistischen Wiederbauprogramms ist die Beibehaltung des Wirtschaftstages. Die letzte Errungenschaft der Revolution ist die Beibehaltung der Arbeiterregiment seit fünfzig Jahren eines erbitterten Kampfs gegen ihn, ist unmittelbar bedroht. Stinnes, der Führer der Schwerindustrie, fordert von der Regierung die sofortige Einführung des Wirtschaftstages zur „Steigerung der Produktion“. Der DWS hat bereits bewiesen, daß er den Anforderungen der Schwerindustrie nachgeben wird, indem er feinerlei energische Schritte unternimmt zur Sicherung des Wirtschaftstages. Um so mehr muß es Aufgabe der Arbeiterklasse in den Betrieben und der Angestellten und Beamten sein, mit aller Schärfe den Angriff auf den Wirtschaftstag zurückzuweisen.

Zur Durchführung ihrer Forderung genügt der Stinnespartei die Ausschüttung der Arbeiterregiment seit fünfzig Jahren, daß die Bourgeoisie beunruhigt und die sozialistischen Parteien organisiert. Es genügt sich die Auswirkungen der Organisation der Bourgeoisie unter den Sanftionen der Regierung, indem bereits Vorkämpfer auf die Volkshäuser der Arbeiterklasse ausgeschickt werden und Benutzungen des Arbeiterregiment verweigern, die Zusammenkünfte der Arbeiterregiment zu verhindern. Umso mehr muß das deutsche Proletariat dem Sozialismus erliegen, wenn nicht sofort eine umfassende Gegenaktion eingeleitet wird. Die Arbeiterklasse muß sich durch die Beibehaltung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einen Widerstand leisten, der allein in der Lage ist, die kapitalistische Bewegung niederzuhalten und gleichzeitig alle sozialen und politischen Errungenschaften der Arbeiter zu sichern.

Der Kampf für die Beibehaltung der bis jetzt steigenden Erzeugung und der politischen Aneignung kann nur durch die Beibehaltung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung siegreich beendet werden. Bevor wir aber diesen Zweck erreichen, muß sich der Kampf der Arbeiterklasse um die Einführung der Wirtschaftstages konzentrieren. Diese großen Bewegungen können aber nur dann einen entscheidenden Erfolg haben, wenn die breitesten Schichten der Bevölkerung erfaßt werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der Arbeiterklasse ist es, die Gesamtheit der Hand- und Kopfarbeiter um die Unmöglichkeit dieser Kämpfe um ihre eigene Befreiung zu überzeugen und zugleich die proletarischen Massen für diesen Kampf zu mobilisieren.

Der Betriebsrätekongress erhebt die nachfolgenden Forderungen, deren sofortige Durchführung im Kampfe gegen das Kapital zur Sicherung der Lebensgrundlage der proletarischen Massen unbedingt notwendig ist.

1. Sofortige Bildung von Kontrollausschüssen zur Kontrolle der Warenpreise im Groß- und Kleinhandel.
2. Sofortige Schaffung von Entschärfungen durch die Handarbeiter zur Kontrolle der Anbauflächen, zur Sicherung der neuen Ansaat und zur Sicherstellung der gesamten Ernährung der arbeitenden Klasse.
3. Organisierung der Transportkontrolle auf der Eisenbahn und in sonstigen Verkehrsanstalten durch Bildung von Kontrollorganen der Eisenbahner und Transportarbeiter.
4. Sofortige Weisung des Bauern auf dem Gebiete der Wohnraum- und Wirtschaftens durch direkte Kontrolle der proletarischen Mieter.
5. Verhinderung der Spekulation und des Warenhandels durch die Kontrolle der Banken durch die Kontrollausschüsse der Bauern.

Diese notwendigen Forderungen, für deren Durchführung sofort innerhalb der Betriebe die Massen mobilisiert werden müssen, stellen sich nach den äußerst notwendigen Maßnahmen, die zur unbedingten Sicherung der gesamten Errungenschaften der Arbeiterklasse notwendig sind. In diesem Rahmen muß der mitteldeutsche Betriebsrätekongress die gesamte Arbeiterklasse auf sofort den Kampf aufnehmen für die unbedingte Sicherung des Wirtschaftstages, und mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß der DWS durch eine sofortige Aktion diese Bewegung der Betriebsregimenten unterstützt.

Klassen- und Kollisions! Rühmt zum Kampf! Schafft aus den Reihen der organisierten Arbeiterklasse eine Arbeiterfront zur Abwehr der kapitalistischen Bewegung!

- Für die Stinnesherrschaft!
- Für die Kontrolle der Produktion!
- Für den Wirtschaftstag!
- Für die Arbeiterregierung!
- Für die Beibehaltung der Arbeiter gegen den DWS!

Un den DWS

Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse ist eine hundertfache Tragödie für das gesamte Proletariat. Die Durchbreitungspolitik, die die Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmern

tum, die Scheindemokratie, die Erfüllungspolitik des Stinnespartei und die große Koalition unter Preisgabe der elementarsten Interessen des Proletariats, sind die Ursachen dieser Tragödie.

Reichsregierung und Reichstag haben durch die vierfache Erhöhung des Umlagepreises der Wägen dem Hunger ausgesetzt. Die Verhandlungen haben es nun nachher verstanden, wirksame Gegenmaßnahmen zu treffen, und die Arbeiterklasse zum Kampf gegen diese Verleumdung aufzurufen.

Die Durchbreitung des Wirtschaftstages ist Tatsache geworden. Die freien Gewerkschaften haben ihre Hand zum Arbeitsetzigen der Eisenbahner und zum Ubergangsabkommen der Bergarbeiter gegeben. Die Verhandlungen haben es nun nachher verstanden, die Regierung zeitigen die vollkommene Preisgabe des Wirtschaftstages. Durch ihre indirekte Mitwirkung im Werte mit den französischen reformistischen Gewerkschaften, ermöglichen die Gewerkschaftsführer den Stinnes-Überfall-Vertrag, der für die deutsche Arbeiterklasse weitere erhebliche Ausbeutung bedeutet.

Die Gewerkschaftsbürokratie bemüht sich ihr von der organisierten Arbeiterklasse in die Hand gedrungenen Macht dazu, die Selbsthilfe des hungernden Proletariats zu unterbinden. Unbekümmert darum, daß durch die Ausschüsse der revolutionären Arbeiter aus den Gewerkschaften die Kampfkraft des Proletariats zugunsten der Bourgeoisie geschwächt wird, werden weitere Ausschüsse von den Gewerkschaftsführern, getrieben an den Arbeitern, die herabgeraten in der Wirtschaftsbewegung, geschaffen. Es geht offen darauf hinaus, die Gewerkschaften zu spalten, um ungehindert die veraltete Politik der Arbeitsgemeinschaft und sozialdemokratischen bürgerlichen Koalition fortsetzen zu können, die die Arbeiterklasse bisher daran gebunden hat, der fortwährend steigenden Verleumdung einerseits entgegenzusetzen. Diese Methode führt dazu, die Arbeiterklasse zu spalten, die letzten Errungenschaften der Revolution, der Wirtschaftstag, entziehen werden kann. Die Gewerkschaftsbürokratie hat den mitteldeutschen Betriebsrätekongress sabotiert, obwohl sich die gesamte mitteldeutsche Arbeiterklasse in unzulässigen Verleumdungen und Konferenzen hinter die alte Methode der Verleumdung gestellt hat. Der Kongress pervertiert mit aller Schärfe die Handlungsweise der Gewerkschaftsführer in Mitteldeutschland.

Der Kongress erklärt nachdrücklich die Befreiung zur Spaltung der freien Gewerkschaften durch Hinauswurf aller revolutionären Elemente als den größten Verrat an dem Proletariat. Er fordert die Gesamtarbeiterschaft auf sich mit allen Mitteln gegen diese Verleumdungen zur Wehr zu setzen, die Gewerkschaften zu unterstützen und fortsetzt deshalb vom DWS:

1. Unverzüglich alle wegen Beteiligung an der Betriebsrätebewegung erfolgten Ausschüsse und Disziplinarmaßnahmen zurückzunehmen.
2. Sich der elementaren Bewegung der Massen des deutschen Proletariats, die im Kampf um den Reichsbetriebsrätekongress ihren Ausdruck findet, anzuschließen und die proletarische Einheitsfront im Kampf gegen die Zerstörung herzustellen.
3. Mit Hilfe der Betriebsräte und der Kontrollausschüsse der Arbeiterklasse die Realisierung der Forderung der Lebensmittelpolitik und Bekämpfung durchzuführen.

Un das mitteldeutsche Proletariat

Der am 12. November zu Halle tagende Betriebsrätekongress des Mitteldeutschlands richtet an die gesamte mitteldeutsche Arbeiterschaft die Aufforderung, sich reiflos an der Wahl zum Reichsbetriebsrätekongress zu beteiligen und in allen Städten, Dörfern und Betrieben den Kampf gegen Zerstörung und weitere Verleumdung des Proletariats durch die gemäßigten Kontrollausschüsse aufzunehmen.

Der Reichsbetriebsrätekongress, der am 23. November in Berlin zusammentritt, kann am besten die proletarischen Kräfte zusammenfassen und den einheitlichen Kampf gegen die Bourgeoisie organisieren, die die Erziehung der Arbeiter und der Kinder des Proletariats in Gefahr gebracht hat.

Den irdischen Kämpfen die breitet Grundlage zu geben und ihnen Zweck und Ziel zu setzen, ist die Aufgabe des Reichsbetriebsrätekongresses. Ungeachtet ist die lebhafteste Aktivität der Arbeiter in allen Orten und Betrieben des Reiches die Voraussetzung für ein erfolgreiches Wirken des Reichskongresses.

Aber, wer hat unter diesen Umständen der Selbsthilfe um den Abwehrkampf der Betriebsräte entgegensteht, wirkt im Interesse der Bourgeoisie.

Der Kongress beauftragt den von ihm gewählten Bezirksausschuß der Betriebsräte Mitteldeutschlands, die politischen und organisatorischen Vorarbeiten für den Reichsbetriebsrätekongress zu leisten und sofort die Verbindung mit dem Reichsausschuß der Betriebsräte anzuknüpfen.

Von allen Organisationen, die sich an die Arbeiterklasse halten, fordert der Kongress Einstellung jeglicher Sabotage gegen den Reichsbetriebsrätekongress und des Abwehrkampfes gegen die Zerstörung.

Der Kongress fordert von der gesamten Arbeiterpresse, ihre Spalten der Betriebsrätebewegung zu öffnen und jede Bewegung zu unterstützen.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! Auf zum Reichsbetriebsrätekongress!

Es lebe die kampfbereite Einheitsfront aller Schaffenden gegen Geld und Untergang!

Der Bezirksrat Halle-Merleburg für den Reichsbetriebsrätekongress (Eigener Bericht)

Merleburg, 14. November. In seiner gestrigen Sitzung beschloß sich der Vorstand des Bezirksrates der Gewerkschaften mit dem Sonntag nachfolgenden Bezirksbetriebsrätekongress für Mitteldeutschland. Nach eingehender Aussprache stellte er sich hinter die Beschlüsse des Kongresses und erkennt sie vollinhaltlich an.

Mit diesem Beschluß ist der Bezirksratelvorstand dem Willen der Mitglieder und der Erörterungen der Stunde nachgekommen. Trotz des einseitigen Beschlusses des Kongresses werden aber die reformistischen Gewerkschaften der Gewerkschaften des Reichsbetriebsrätekongresses und der Selbsthilfebewegung des Proletariats nicht aufgeben, vielmehr noch die Konsequenzen aus dem gestrigen Beschluß des Bezirksratelvorstandes ziehen und zurücktreten.

Für die Gewerkschaftsmittglieder habe die Beschlüsse die Folge, daß nun die Gewerkschaften die Frage des Reichsbetriebsrätekongresses erneut und mit verstärktem Nachdruck aufgestellt werden muß. Die Betriebsrätebewegung ist der Existenzkampf der deutschen Arbeiterklasse. Wer sich dem entgegenstellt, unterliegt die Großbourgeoisie und muß rückwärts blicken getrieben werden.

Für die Gewerkschaften der Gewerkschaften hat natürlich auch seine Bedeutung für die kommenden Kreisversammlungen der drei Spitzenorganisationen. Die Referenten und die reformistischen Gewerkschaftenangehörigen werden natürlich versuchen, diesen Beschluß umzuwerfen und für ihre Koalitionspolitik die Delegierten einzulagern. Gegenüber stehen die Beschlüsse des Betriebsrätekongresses für Mitteldeutschland, deren sich der Bezirksratelvorstand angegeschlossen hat und die klar den Weg zeigen, den die deutsche Arbeiterklasse gehen muß. Trotz aller Bemerkungen, trotz aller schönen Worte steht auf den Kreisversammlungen die Frage lo: Noch weitere Verleumdung oder zum Untergang, noch mehr Hunger und Not oder Kampf gegen das Geld? Die Wahl ist nicht schwer, nachdem der Kongress und der Vorstand des Bezirksrates den Weg gezeigt haben.

Betriebsrätelegierungen in der Pfalz

Nach einer Meldung der „Frankf. Zig.“ sollen in den nächsten Tagen im Industriegebiet Ludwigshafen a. Rh. und in der übrigen Pfalz große Betriebsrätelegierungen und -situngen vorgenommen werden, die tausende Arbeiter mit Arbeitslosigkeit bedrohen.

Meldungen aus Kaiserslautern beweisen, daß die Unternehmung, die sich gegen diese Art von „Betriebsrätelegierungen“ machen, den Arbeiter einfach aus der Fabrik werfen, 1500 Arbeiter der Rheinmehlmühle Kaiser wurden ausgespart, weil sie die Entlassung eines Schmelztriefgeschädigten verhindern wollten.

Diese Meldungen und die, daß die Direktion der Leverkühner Farbwerke von ihrer Beschlüsse die obligatorische Leistung der Pflichten der Arbeiter verlangen, beweisen, daß der Plan der Stinnes-Partei, die deutsche Arbeiterschaft mit Hilfe der reformistischen Gewerkschaften zu spalten, und einen so lobwürdigen vergewaltigten Herrschaft über der anderen Seite zu lancieren, nicht nur angeht, sondern schon durchgeführt wird.

Die Justiz „schilt“ die Republik

Die „republikanische“ Justiz, die einen der Hauptmächte der Geheimbürokratie, Johann Hoffmann, auf „Ehrenwort“ wieder freiließ, obwohl im Rillinger und Kellenbach-Brosch von den beschuldigten Vorwürfen offen angegeben wurde, daß ihnen jede Hilfe gegen die Behörden erlaubt sei, hat jetzt auch einen der kleinen politischen Abenteuerer festgenommen, den Hefersheim-Freund und früheren Anwalt des Reichs Ministerialrat Berner. Die kleinen Geheimbündler nimmt man gelegentlich ein Weisheit sein, die großen läßt man laufen. Dabei besaß einmal einer, die Justiz schilt nicht die Republik.

„Geltig minderwertig.“ Eine bürgerliche Korrespondenz teilt mit, daß ein im Zusammenhang mit dem geplanten Attentat auf Reichsverweser Sohn aus Dresden demnächst wieder aus dem Reich entlassen werden soll, da er angeblich geltig minderwertig sei. Sicher gerät dieser geltig minderwertige der Deutschnationalen Partei an!

R.P.D.

Ortsverein Halle.

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Ortsverein Halle, Sonntag 14. Nov. abends 7 1/2 Uhr. ...

Bereine

Druckmaschinen ...

Arb.-Sänger-Chor ...

Gleichberechtigter Arbeiter-Liederklub ...

Frauen- und Mädchen-Chor ...

Die Naturfreunde ...

Jeden Donnerstag ...

Arbeitsgruppe ...

Arbeitsgemeinschaft ...

Freidenker ...

Arbeitsgruppe Halle ...

Gerhart Hauptmann-Fest. Mitte. Promenade 11 a. zu Ehren des 60. Geburtstages des großen Dichters. Freitag, den 17. November, abends 8 Uhr. Das große gesellschaftliche Ereignis. Erst-Aufführung des gewaltigen Film-Werkes: PHANTOM von Gerhart Hauptmann. Nach dem gleichnamigen Roman der Berliner Illustrierten Zeitung. In den Hauptrollen: Alfred Abel, Aud Egede Rissen, Eli Dagover u. a. Fest = Prolog. Gesangs-Vortrag Herr Alf. Haller vom Stadttheater Halle. Musikalische Leitung: Herr Kapellmeister Engelmann. Verstäkertes Orchester. Erhöhte Eintrittspreise. Der Verkauf ab heute 1/4 Uhr täglich an der Theaterkasse, sowie am Freitag, dem 17. November, vorm. 11-1 Uhr und ab 7 Uhr abds. Einlaß 7 Uhr. - Beginn 8 Uhr. Das Theater ist an diesem Tage erst ab 7 Uhr geöffnet.

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inferenten. Wir zahlen bekanntlich die allerhöchsten Preise für Gold-, Platin-, Silberbruch, Juwelen, alte Zahngebisse und sonstige Gegenstände. Antaufstelle für Edelmetalle Siegel & Co., Niemeyerstraße 11, Eingang Landwehrstraße.

Auf dem Weltmarkt. Ein Riesenspektakel ereignet sich, das in allen Teilen der Welt mit großer Begeisterung aufgenommen wurde. Es ist eines der größten und besten Ereignisse der internationalen Filmindustrie und nach dem berühmten phantastischen Roman 'Atlantide' gefärbt. Paul Bloch, der Pariser Realist, hat sich entschieden, dieses Buch 'Verfilmung' hat. 'Atlantide' war der größte Erfolg der letzten Jahre. 'Atlantide' heißt auch das unbedingte Lebenswerk eines Mannes! Es zerfällt in zwei Teile und 10 Akte. Näheres morgen in dieser Zeitung. Beide Teile gelangen in einer Vorstellung zur Aufführung.

5 Punkte in ganz Halle! Einer!! Hundertell! Tausendell! Ziegenfelle, Lämmer, Kupfer, Messing, Zinn u. Blei, Altheisen. Curt Zöhl, Halle a. S., Markt 26, Hof, Tel. 4333.

Ein Bezirks-Buchhandlung, Halle a. S., Lindenstraße 11. 47 Arbeiter-Kunstkalender; 1923. Preis 1.000 Mark.

Berlin Bekleidungs-Industrie. Fabrik- und Lagerhalle, Alter Markt 3. Anzüge, Paletots, Hosen, Arbeiter-Bekleidung.

Kaninchenfellen! Wildkanin - Kragen in eigenen Werkstätten zu Pelz verarbeitet. Täglich die allerhöchsten Preise zu zahlen! Ja. May Gräfe, Pelzwarenfabrik.

Hohe Preise! Haben Sie besonders nur bei uns. Ziegenfelle, Lämmer, Kupfer, Messing, Zinn u. Blei, Altheisen.

Paul Theuring, Rohprodukten-Gesellschaft m. B. S. Neue Zeilstraße 24, Hauptstraße 17, Hof, Liebenauer Str. 106 (Ecke Zeilstr.), Tel. 5650, Breitestr. 34, Tel. 4363.

Henko Wäsche. Henko's Wäsche für Wäsche und Hausputz. Henkel & Cie. Ulsterbad.

Arbeits-Militär- u. Manschetten. Weib- und Bollwaren, Trikots, Barchent-banden, Damenwäsche, rein w. Strümpfe und Socken, Schladdecken. Lipper, Magdeburger Str. 25, a. Döllnitz.

Eislebert. Beantwahrung. Die Broschüre erfolgt am Mittwoch, dem 15. November 1922 in der bekannten Gestalt. Bestellung erfolgt durch die Postkarte bis zum 20. November 1922.

Halle und Saalkreis

Halle, den 14. November 1922

Arzte und Krankenfallen

Von der Arbeitergemeinschaft hallischer Krankenfallen wird uns berichtet.
Verschiedene Presseerwähnungen über die Notlage des Arztes...

Doch der Notlage ist infolge der heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse in einer Notlage gefolgt.
Der Arztfall stellt hierin das Schicksal aller zu den Krankenfallen...

Durch das neue Tarifabkommen vom 22. März 1922 wurden die Vergütungen für Beratungen auf 10 M. für Besuch auf 20 M. festgelegt...

Die Krankenstellen sind durchaus bereit, wie schon bisher, den Ärzten zu geben, was der Ärzten ist.
Es handelt sich um vorliegenden Falle um Personen, die rube-

Die neuen Löhne für die Gemeindefürbeiter

betragen nach dem neuen Tarifabschluss für die Staats- und Gemeindefürbeiter in der Stadt Halle für die Zeit vom 1. bis 15. November...

Immer wieder Mißhandlungen. In dieser Notiz in der Nr. 267 teilt uns der Polizeipräsident Kunde mit, daß Mißhandlungen von Personen, wie die Ermittlungen ergeben haben, nicht vorliegen.

Einige dieser Personen sind ausweisen konnten, zum Teil auch nicht ausweisen wollten.
In dieser Notiz in der Nr. 267 teilt uns der Polizeipräsident Kunde mit, daß Mißhandlungen von Personen, wie die Ermittlungen ergeben haben, nicht vorliegen.

* Betriebsräte und Offiziere der Industriegruppe 9 (Lebens- und Genussmittelindustrie, Donnerstag, den 16. November, abends 8 Uhr, Vollerwerbsschulung im „Gewerkschaftshaus“.

Klassenkampf

Der Milchwucher

Ein Liter Milch von 60 Mark erhöhrt

In den Arbeiterfamilien hat der Butterpreis aufgehört. Auch die Margarine verkehrt immer mehr von Milch des Produzenten...

Das Butter ist der Milchpreis wieder erhöhrt worden, und zwar fast um das Doppelte.
Der Butterpreis hat, was viele nur einzigen Wochen noch für unmöglich hielten, auch in Halle längst die 1000 frömmig...

Das Butter kostet jetzt 98 M. Was bedeutet das?
Das bedeutet, daß selbst die einzige Nahrungsmitel durch Maßnahmen der Vorgesetztenbehörden nicht mehr hergeholt werden kann...

Angehängis dieser fatalistischen Lage tut die Regierung auch heute noch nichts.
Die „Pflü“ noch weiter die notwendigen Maßnahmen und „widmet“ der kommenden Milchverarbeitung die „größte Aufmerksamkeit“...

* Die monatliche Zerfallstatistik. Am Monats Oktober wurden in Halle 40 Personen wegen einfallen, 19 wegen schweren Diebstahls...

* Wenn geht der Dammantel? Ende Oktober wurde ein sehr neuer geht und grün farbierter Dammantel in der Nähe der Steinmühle aus der Saale gezogen...

* Schlägerei. Gelesen auch fand in der Rannischen Straße eine Schlägerei statt, wobei ein Arbeiter durch Messerstiche in den Rücken erheblich verletzt wurden.

* Quartiere gesucht. Für die am 18. und 19. November in Halle stattfindende Kreisleiterkonferenzen benötigen wir noch einige Quartiere...

Theater und Konzerte

Arbeiter-Bildungsausschuss. Zu dem Sinfonieconcert, ausgeführt vom gesamten Stadttheater-Orchester unter Leitung von Karl Köhnen...

freie Volkshäuser. Am Dienstag, dem 28. November, abends 8 Uhr, findet im Saale der Wege zu den drei Begen ein Vortrag des Universitäts-Professors Dr. Paul Wenzler über „Schiller als tragischer Dichter“ statt...

Aus der Provinz

Um alle Ortsgruppen!

Wir fordern die Kassierer der Ortsgruppen auf, sofort die Monatsrechnung für Oktober fertigzustellen und bis spätestens 25. November an den Sekret einbringen.

Trotz wiederholter Mahnung in der Presse sowie auch schriftlich hat ein Teil unserer Ortsgruppen ihrer Monatsrechnung für den Oktober (rosa Farbe) noch immer nicht einliefert.

Vom Saalkreis fehlen noch folgende Ortsgruppen: Werkmüh, Kreis Bitterfeld: Niemegk, Schmemmal, Sandersdorf, Tathelm, Wolfen.

Wir erziehen unsere Genossen, bei ihrem Ortsgruppenvorsitzenden darauf hinzuwirken, daß er den Fragebogen allenfalls mittels bei uns einliefert.

Arbeiterfamilien immer mehr eingeschränkt. Teils ist die Kaskatrophe da! Der Hungerdort fordert heute schon täglich Tausende von Säuglingen...

Die Verelendung der Arbeiterfamilie

Der Wert der Markt ist nach dem proletarischen Existenzminimum gegen 1914 auf 618 Pfennig, nach dem Dollarstande logar auf 0,65 Pfennig gesunken!

Table with 2 columns: Item and Price. Includes 30 Pfund Butter (3 1/2), 10 Zentner Kartoffeln (3 1/2), 10 Pfund Rindfleisch (10), etc.

39. Quittung 323 455,45. Technisches Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

39. Quittung 323 455,45. Technische Personal der Produkt.-Genossenschaft, 2430.-, Ullie 17, von Wittenberg 1526.-, etc.

Anzüge, Raglans, Hosen. Arbeiter-Bekleidung. empfohlen zu sämtlichen Berufen. Kleines Stagen-Geldstück. Große Märkte 22.1. Auf Wunsch bänge zurück.

Felle u. Häute GOLD-, Silber, Platin-Bruch. Firma Josef Reuter. Werbt für den „Klassenkampf“! Halle, den 8. November 1922.

Bekanntmachung. Abänderung eines Polstervertrages. Der Polstervertrag über den Stuhl, den man am 24. September 1922 abgeschlossen hat durch Erhöhung der Gehalts für die Dienstmutter eine Abänderung erfordern. Die Berechtigung liegt bei Einmündigen im Gewerkschaftsamt, Dreyhauptstraße Nr. 4, Zimmer 109, aus. 4503. Halle, den 8. November 1922. Die Polsterverwalter.

Tuche. Futterstoffe - Kleiderstoffe. Jedes größte Auswahl. Rußland, Leipzig Nr. 33, 2 Treppen.

